

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Gehaltsniveau A 13 für Grundschullehrkräfte einführen**

In der Bundesrepublik verschärft sich der Mangel an Lehrkräften. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung geht davon aus, dass bis 2025 rund 35 000 Grundschullehrer fehlen. In diesem Zeitraum müssten insgesamt etwa 105 000 Grundschullehrer neu eingestellt werden, aber nur rund 70 000 Absolventinnen und Absolventen stünden zur Verfügung. Aufgrund dieses Mangels an Lehrkräften verändert eine Vielzahl von Bundesländern ihre Strategie. Einige Länder haben bereits umfangreiche Maßnahmenpakete für die Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern verabschiedet, andere arbeiten gerade daran beziehungsweise haben dementsprechende Initiativen angekündigt. Neben der Steigerung der Ausbildungskapazitäten, Werbestrategien und Möglichkeiten zur Verlängerung und Flexibilisierung der Berufstätigkeit für Lehrkräfte bemühen sich verschiedene Bundesländer, im Wettbewerb mit anderen Ländern durch bessere Bezahlung vor allem im Grundschulbereich, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Quereinsteigerprogramme das Interesse von potenziellen Lehrkräften in besonderem Maße auf das jeweilige Bundesland zu ziehen. Bremen muss im Hinblick auf den Wettbewerb mit den anderen nordwestdeutschen Ländern gewährleisten, dass ausreichend Lehrkräfte für Bremen und Bremerhaven gewonnen werden können.

Neben der Fachkräfteproblematik ist die Gleichbehandlung von Lehrkräften Beweggrund einer Besoldungsanpassung. Die meisten Lehrkräfte an Grundschulen verdienen deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen im Sekundarbereich I und II.

Waren Bremer Grundschullehrkräfte viele Jahre Gymnasiallehrkräften finanziell gleichgestellt, wurde dies 2005 abgeschafft, weil eine Besserstellung der Lehrkräfte Bremens als Haushaltsnotlageland haushaltspolitisch problematisch und bundespolitisch nicht zu vertreten gewesen wäre. Mit der weitgehenden Vereinheitlichung der Lehrerausbildung in einer Reihe von Bundesländern entfällt ein gewichtiges Argument für eine ungleiche Besoldung. Von Gewerkschaftsseite ist zudem mit der Klageerhebung gegen die Ungleichbehandlung der Lehrämter zu rechnen, wie bereits in einigen Bundesländern geschehen.

Um im Wettbewerb um Lehrkräfte an Attraktivität zu gewinnen und konkurrenzfähig zu bleiben, hat die Bürgerschaft (Landtag) für Lehrkräfte an Grundschulen sowie im Sekundarbereich I an Oberschulen bereits vor einem Jahr eine monatliche Zulage in Höhe von 88,95 Euro (beziehungsweise 91,04 Euro ab 1. Juli 2018) beschlossen und so das Gehaltsgefälle bereits ein Stück weit verringert. Nachdem andere Bundesländer bereits initiativ geworden sind, gilt es nun auch in Bremen, die Bezahlung der Lehrkräfte anzupassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept vorzulegen, das die Kosten einer Höhergruppierung von verbeamteten und angestellten

Grundschullehrkräften, einen Vorschlag für die Einpassung in das Besoldungssystem, die Finanzierung sowie die notwendigen Umsetzungsschritte beinhaltet.

Mustafa Güngör, Sybille Böschen, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD

Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen